



## Policy Brief Nr. 18, Jänner 2013

# Effekte der österreichischen EU-Mitgliedschaft

## Fritz Breuss

Jean Monnet Professor an der WU-Wien und WIFO  
Leiter des FIW-Projekts

**Das Kernelement der Europäischen Integration, der „Binnenmarkt“ feiert heuer das 20-jährige Bestehen. Österreich hat seit dem Beitritt zur EU im Jahr 1995 an allen vertiefenden Schritten der EU-Integration teilgenommen. Nicht nur politisch ist Österreich durch die EU-Mitgliedschaft moderner, europäischer geworden, es hat auch ökonomisch auf allen Stufen der Integration profitiert: Ostöffnung (zusätzliches BIP-Wachstum +0,2 Prozentpunkte pro Jahr), EU-Mitgliedschaft (Teilnahme am EU-Binnenmarkt: +0,6 Prozentpunkte), WWU-Teilnahme (+0,4 Prozentpunkte) und EU-Erweiterung (+0,4 Prozentpunkte). Die aus Modellsimulationen abgeleiteten Integrationseffekte durch die Teilnahme an allen Integrationsstufen verstärkten das Wachstum des österreichischen BIP insgesamt um ½ bis 1 Prozentpunkt pro Jahr. Die Plausibilität dieser Modellergebnisse wird durch den Vergleich der Wirtschaftsentwicklung Österreichs mit anderen EU-Ländern und Drittländern unterstrichen. So entsprach der Wachstumsvorsprung Österreichs vor Deutschland und der Schweiz den genannten Integrationseffekten. Dieser „Wachstumsbonus“ ist ohne die Integrationswirkungen der Teilnahme Österreichs an allen EU-Projekten schwer bis gar nicht erklärbar.**

Europas Binnenmarkt wird 20. Der EU-Binnenmarkt mit seinen vier Freiheiten (freier Waren-, Dienstleistungs-, Personen- und Kapitalverkehr) ist das Kernstück der europäischen Integration. Er startete am 1. Jänner 1993 und sollte in Verbindung mit einheitlichen Wettbewerbsregeln einen fairen gemeinsamen Markt von rund 500 Millionen Bürgerinnen und Bürgern und 21 Millionen Unternehmen schaffen und einen Wachstumsschub bringen. Die in zahlreichen Studien vorausgesagten Integrations- und Wachstumseffekte haben sich allerdings für die EU insgesamt nicht im erwarteten Ausmaß eingestellt. Trotz einer weiteren Integrationsvertiefung durch die Schaffung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) mit der Einheitswährung Euro und die EU-Erweiterungen ab 2004 blieb der erhoffte Wachstumsschub für die EU insgesamt aus. Länder, die solche Integrationsschritte nicht mitmachten – wie z.B. die USA – sind in der Regel stärker gewachsen als die EU. Dieses „Integrationspuzzle“ ist schwer zu erklären. Gründe für die mangelnde Umsetzung theoretischer in praktische Integrationseffekte könnten sein, dass der Binnenmarkt immer noch nicht vollständig verwirklicht ist (z.B. trat die Dienstleistungs-Richtlinie erst 2010 in Kraft), dass nicht alle EU-Mitglieder alle Integrationsschritte mitmachen (Europe à la carte oder Europa der mehreren Geschwindigkeiten) und dass durch die letzte EU-Erweiterung um

größtenteils „arme“ Länder im Osten die EU noch heterogener geworden ist.

Als erkannt wurde, dass die erhofften Wachstumspulse durch Schaffung des Binnenmarktes nicht eintrafen, wurde 2000 mit der „Lissabon-Agenda“ ein neues Wachstumsprogramm gestartet, das die EU innerhalb von 10 Jahren zum raschest wachsenden Wirtschaftsraum der Welt machen sollte. Auch dieses Ziel wurde verfehlt. Nun setzt man die ganze Hoffnung auf die neue Wachstumsstrategie „Europa-2020“.

Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise (GFC) 2008/09, die in den meisten Industriestaaten in die „Große Rezession“ 2009 mit den tiefsten Wachstumseinbrüchen der Nachkriegsgeschichte mündete, ging in Europa, speziell in der Eurozone nahtlos in eine „Euro-Krise“ über. Sie manifestierte sich nicht in einer Krise des Euro, sondern in Staatsschuldenkrisen, beginnend in Griechenland und sich ausbreitend auf alle Peripheriestaaten der Eurozone. Die Verantwortlichen in der EU und speziell in der Eurozone waren gezwungen, unkonventionelle Maßnahmen zur Krisenbewältigung zu treffen: Rettungsschirme (EFSF/ESM) für Griechenland, Irland und Portugal, später für Spanien und Zypern und neue Maßnahmen im Rahmen der „New Economic Governance“ („Sixpack“, „Two-pack“, Fiskalpakt; Maßnahmen zum Eintritt in eine „Fiskalunion“) sowie unkonventionelle geldpolitische Maßnahmen der EZB (Outright Monetary Transactions – OMTs)

und Einleiten einer „Bankenunion“, beginnend mit einer europaweiten Bankenaufsicht ab 2014.

Vor diesem krisenhaften Hintergrund wird die österreichische EU-Mitgliedschaft evaluiert. Die folgenden Ergebnisse basieren auf der umfangreichen WIFO-Studie (Breuss, 2012). Allerdings konzentriert sich dieser Artikel nur auf die Modellergebnisse der Neuberechnung der Integrationseffekte – die umfangreichen zusätzlichen Analysen vieler Aspekte der europäischen Integration im Fall Österreichs (auch gerade in Zeiten der Krisen in Europa) werden hier ausgeblendet. Bei der Ermittlung der Integrationseffekte werden nicht nur die reinen Binnenmarkteffekte (durch den EU-Beitritt nimmt jedes Land automatisch am Binnenmarkt teil), sondern auch die ökonomischen Effekte aller Schritte der europäischen Integration seit dem Zusammenbruch des Kommunismus und der folgenden Ostöffnung 1989. Die Ostöffnung hat durch die Europaabkommen zwischen der EU und den Mittel- und Osteuropäischen Ländern (MOEL) eine asymmetrische Handelsintegration von Ost und West (noch vor dem EU-Beitritt der MOEL) derart bewirkt, dass die EU die Zölle auf Importe aus dem Osten rascher abbaute als umgekehrt der Osten für Westimporte. Nach dem EU-Beitritt 1995 war Österreich auch Gründungsmitglied der WWU 1999 und führte 2002 den Euro ein. Ein weiterer Integrationsschritt, der besonders für Österreich wichtig war, war die fünfte EU-Erweiterung in zwei Schritten (2004 und 2007). 2013 wird mit dem Beitritt Kroatiens die EU bereits 28 Mitglieder aufweisen. Ein Ende der EU-Erweiterung ist noch nicht abzusehen.

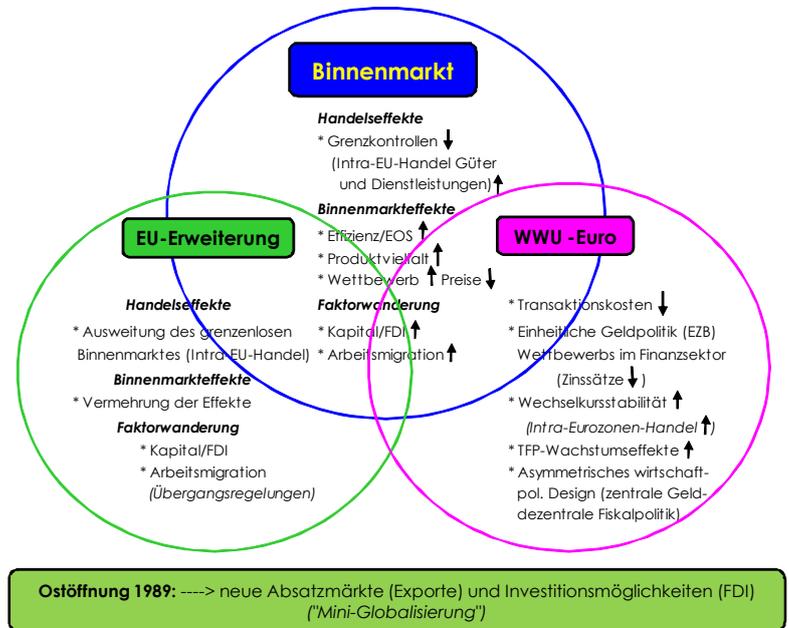
In diesem Artikel werden zunächst die theoretisch erwarteten Integrationseffekte angesichts der bereits sehr komplexen Europa-Integration erläutert. Anschließend werden die in den Modellsimulationen gemachten Annahmen besprochen und die Ergebnisse präsentiert.

vertiefenden Schritten (Binnenmarkt, WWU und EU-Erweiterung). Während die theoretische Erklärung von Zollunionseffekten (Handelsschaffung durch Vergrößerung eines Integrationsraumes; Handelsablenkung wegen der Zunahme des Intra-Zonenhandels zu Lasten des Handels mit Drittstaaten) noch relativ leicht ist, nimmt die Komplexität mit zunehmender Dichte der Integration zu.

Europas Integration ist in den letzten Jahrzehnten von der Zollunion (vollendet 1968) immer weiter geschritten zum Binnenmarkt, der WWU und der Erweiterung (siehe Abbildung 1):

(1) *Binnenmarkteffekte*: Hier spielen Größeneffekte (economies of scale - EOS-Effekte) bereits eine bedeutende Rolle sowie Wettbewerbseffekte durch Harmonisierung der Wettbewerbsregeln durch ein einheitliches Wettbewerbsrecht. Auch sektorale Liberalisierung und Privatisierung gehören zum Binnenmarktprogramm. Zusätzlich gibt es Sondereffekte

Abbildung 1: Integrationseffekte der österreichischen EU-Integration (Überblick über die theoretischen Integrationseffekte)



↑ ... Steigerung, ↓ ... Senkung, TFP ... Gesamte Faktorproduktivität  
Quelle: Breuss (2012), S. 11.

## 1. Theoretische Erwartungen der EU-Integration

Die Integrationstheorie hat eine lange Tradition. Sie entwickelte sich entweder vor den jeweiligen Integrationsritten in Europa (z. B. die Theorie der Zollunion von Viner<sup>1</sup> aus dem Jahr 1950) bzw. begleitend zu den

<sup>1</sup> Die genauen Angaben zu den hier gelegentlich angeführten Autoren sind in der Literaturliste von Breuss (2012) zu finden. Zudem werden in der genannten Studie die eigenen Modellergebnisse der Integrationseffekte für Österreich jenen anderer Autoren gegenübergestellt.

durch Vergemeinschaftung der Agrarpolitik, der Zentralisierung der Außenhandelspolitik (Folge der Zollunion; Wegfall der Grenzkontrollen) sowie andere vereinheitlichte Politikbereiche wie z. B. die Regional-/Strukturpolitik. Zudem gibt es einen EU-Haushalt, der die verschiedenen Politikbereiche im Sinne der Solidarität zwischen den Mitgliedsländern alimentiert. Dadurch kommt es zu einer Umverteilung von den "reichen" EU-Mitgliedern (Nettozahlern) zu den "armen" (Nettoempfängern). Insgesamt sollte der Binnenmarkt zu mehr Intra-EU-Handel und damit über zahlreiche

Bei letzteren handelt es sich aber fast ausschließlich um Ex-ante-Integrationsstudien.

Kanäle über mehr Effizienz (Produktivitätssteigerung) zu mehr Wirtschaftswachstum beitragen.

Binnenmarkteffekte werden in den zahllosen Integrationsstudien mittels verschiedener Methoden und Ansätzen geschätzt: Zum einen in Makromodellen und/oder mikroökonomischen Modellen; für einzelne Länder (Länderstudien mit Einzelländermodellen) und/oder für mehrere Länder (mit Mehrländermodellen). Bei den Modellansätzen gibt es Makromodelle oder allgemeine Gleichgewichtsmodelle. Aus der modernen endogenen Wachstumstheorie gibt es eigene Ableitungen für die Wachstumseffekte von Integration.

(2) *Währungsunion*: Noch eine Stufe komplizierter ist die Erfassung der Integrationseffekte durch Schaffung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) der EU und der Einführung der Einheitswährung Euro. Hier wird eigentlich theoretisches Neuland beschritten. Relativ gut ausgebaut ist die Theorie der "optimalen Währungsräume" (OCA-Theorie), die ermittelt, welche Länder tragfähig in der Lage wären, eine Einheitswährung einzuführen. Frühe Studien<sup>2</sup> kamen zu dem Schluss, dass in Europa nur eine kleine OCA überlebensfähig ist. Wie die aktuelle Euro-Krise schmerzvoll demonstriert, wurde das Euro-Projekt eher nach politischen Kriterien als nach ökonomischen vorangetrieben.

(3) *EU-Erweiterung*: Nach der vierten EU-Erweiterung um Finnland, Österreich und Schweden wurde die EU nahezu aus historischen Gründen (Zusammenbruch des Kommunismus) gezwungen, rasch eine Erweiterung um die ehemaligen Satellitenstaaten der UdSSR in Angriff zu nehmen. Schrittweise wurden die Staaten Ostmitteleuropas in den EU-Binnenmarkt integriert. Damit wurde der Binnenmarkt vergrößert und das Handelspotential erhöht.

Die drei Integrationsschritte (Binnenmarkt, WWU, Erweiterung) überlappen sich in ihrer Wirkung. Das ist Überblicksmäßig in Abbildung 1 dargestellt.

Österreich hat zunächst (als EFTA-Mitglied) von der Ostöffnung 1989 profitiert. Diese hat den zuvor durch den „Eisernen Vorgang“ stark eingeschränkten Marktzugang plötzlich ausgeweitet und neue Chancen für Exporte und Direktinvestitionen eröffnet. Österreich nimmt seit der Ostöffnung stärker als zuvor an der Globalisierung teil („Mini-Globalisierung“) und rückte damit von der Randlage ins Zentrum Europas. Dann kamen die oben beschriebenen Integrationseffekte durch den Beitritt zum EU-Binnenmarkt 1995 und zur WWU 1999 hinzu. Ergänzt und verstärkt wurden die Binnenmarkt- und WWU-Effekte durch jene der EU-Erweiterungen 2004 und 2007. Die immer tiefere Integration Österreichs in die EU hat über das Wirken zahlreicher Integrationseffekte in fast allen Fällen zu mehr Wirtschaftswachstum und Wohlstand geführt. Die hier skizzierten Integrationseffekte werden in den folgenden Modellsimulationen berücksichtigt, woraus sich messbare Integrationseffekte ableiten lassen.

<sup>2</sup> Für einen Überblick, siehe Breuss (2006), S. 386.

## 2. Realisierte Effekte der Ostöffnung und EU-Mitgliedschaft

Jeweils zu Beginn eines Integrationsschritts wurden für Österreich in diversen Studien (für einen Überblick, siehe Breuss, 2012, S. 43) seitens des WIFO oder von Autoren in anderen Institutionen (Universitäten, Europäische Kommission, etc.) die möglichen Integrationseffekte abgeschätzt (Ex-ante-Studien). In den WIFO-Studien wurden die Simulationen meist mit adaptierten Varianten der jeweiligen Version des WIFO-Makromodells ausgeführt.

In der vorliegenden Studie wurde erstmals lange nach den erfolgten Integrationsschritten eine Evaluierung der bereits erfolgten Integrationswirkungen vorgenommen (Ex-post-Studie). Zu diesem Zweck wurde ein eigens konstruiertes Integrationsmodell verwendet, das es erlaubt, möglichst alle im Kapitel 1 beschriebenen theoretischen Integrationseffekte zu quantifizieren<sup>3</sup>. Die dabei ermittelten Integrationseffekte entsprechen den Abweichungen der tatsächlich erfolgten Wirtschaftsentwicklung in Österreich (inklusive konsumierte Integrationswirkungen) von einem hypothetischen Pfad, den Österreichs Wirtschaft durchlaufen hätte, wäre Österreich allen Integrationsschritten seit 1989 fern gestanden.

### 2.1 Ostöffnung 1989 – Handelsgewinne ohne Kosten

Mit der Ostöffnung 1989 erschlossen sich für Österreich neue Märkte in der direkten Nachbarschaft. Die Länder Ostmitteleuropas, die sich von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft transformierten, haben immer noch einen großen Nachholbedarf. Sowohl die geographische Nähe als auch die aus historischen Gründen engen Beziehungen zu Österreich trugen dazu bei, dass die österreichische Wirtschaft die Chancen rasch und gut nutzte. Die Ostorientierung des österreichischen Außenhandels hat dadurch stark zugenommen. Während die Exportanteile in den traditionellen EU-Märkten (EU 15) von 66% im Jahr 1995 auf 54% im Jahr 2011 sanken, stiegen sie in den MOEL-10 seit der Ostöffnung von 7% auf 16% an (in den MOEL-29 – inkl. GUS und Balkanstaaten) von 10% auf 22%. Verstärkt wurde die gute Ausgangsposition Österreichs durch die Liberalisierung des Handels zwischen EU und MOEL im Rahmen der Europa-Abkommen.

In den vorliegenden Modellberechnungen wurden die Integrationseffekte der Ostöffnung durch zwei Eingriffe erfasst:

(1) Mit Dummy-(Hilfs-)Variablen wurden in den Handels- und FDI-Gleichungen die Änderungen des Handelsregimes zwischen EU und MOEL im Rah-

<sup>3</sup> Eine detaillierte Beschreibung des Integrationsmodells findet man im Anhang von Breuss (2010).

men der Europa-Abkommen (asymmetrische Ost-West-Handelsliberalisierung durch Abschaffung der Zölle durch die EU ab 1997, durch die MOEL ab 2002) berücksichtigt.

- (2) Zum anderen wurde der generelle Wachstumseffekt der Vergrößerung des EU-Marktes erfasst. Das reale BIP wuchs in der EU 27 um 0,1 Prozentpunkte pro Jahr rascher als in der EU 15.

Der isolierte Ostöffnungseffekt schlägt sich in den Simulationen (Tabelle 1, Abbildung 2) in einem zusätzlichen jährlichen Anstieg des realen BIP in Österreich um 0,2 Prozentpunkte nieder. Pro Jahr erhöhte sich die Zahl der Beschäftigten zusätzlich um rund 3.400. Die Leistungsbilanz verbesserte sich, weil die Exporte rascher ausgeweitet wurden als die Importe. Die Nettoexportposition Österreichs verbesserte sich aber vor allem von 1989 bis 2003, seit der EU-Erweiterung kehrte sich die Entwicklung um. Die österreichische Lohnquote wurde auch aufgrund der Billiglohnkonkurrenz gedämpft.

### 2.2 EU-Mitgliedschaft 1995 – Kernintegration durch Teilnahme am Binnenmarkt

Das Binnenmarktprogramm gehört zum Kern der Europäischen Integration. Der Beitritt Österreichs zur EU im Jahre 1995 ermöglichte die volle Teilnahme am EG-Binnenmarkt mit allen damit zusammenhängenden Integrationseffekten: Abbau der Grenzkontrollen, Intensivierung des Wettbewerbs, Liberalisierung und Privatisierung vormals verstaatlichter Sektoren (Telekommunikation, Verkehr, Infrastrukturnetze usw.), Effizienz- und damit Produktivitätssteigerung, volle Ausschöpfung der vier Grundfreiheiten im Bereich Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeit. Dass der Binnenmarkt nicht wie erwartet seine volle Integrationswirkung auf Wachstum (Prognose des Cecchini-Berichts: BIP rund + $\frac{1}{4}$  Prozentpunkte pro Jahr, Inflationsrate -1 Prozentpunkt pro Jahr) und Beschäftigung (+1,9 Mio. nach 6 Jahren) entfaltete, liegt zum einen daran, dass nicht alle Vorhaben umgesetzt wurden (der Dienstleistungsbinnenmarkt entstand erst durch eine eigene Dienstleistungs-Richtlinie, die allerdings erst 2010 in Kraft trat), und zum anderen daran, dass durch die stetigen Erweiterungen die Heterogenität zunahm und nicht alle neuen EU-Länder voll am Binnenmarkt teilnehmen ("Europe à la carte").

Verbunden mit der Teilnahme am Binnenmarkt ist der Eintritt in die Zollunion der EU mit einem Gemeinsamen Zolltarif (GZT). Im Falle Österreichs ergab sich dadurch eine leichte Senkung des Zollniveaus von 10,5% auf 5,7% des GZT der EU. Neben der Gemeinsamen Zoll- und Handelspolitik (GHP) betreibt die EU die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) und einheitliche Regeln für den Wettbewerb und die Regionalpolitik. Gerade die Übernahme der Wettbewerbs- und Regionalpolitik erhöhte die Transparenz und trug insgesamt dazu bei, dass vormals arme Regionen (wie z. B. das Burgenland) dank des bevorzugten Förderstatus (Ziel 1) stark aufholten.

Der Binnenmarkt als Kernelement der europäischen Integration, wird selbst dann bestehen bleiben, wenn - im unwahrscheinlichsten Fall - der Euro-Raum zerbrechen würde. Daran nehmen voll die Mitglieder der EU teil und zu  $\frac{1}{4}$  auch die EFTA-Staaten, einerseits über das EWR-Abkommen und andererseits durch die bilateralen Abkommen der Schweiz mit der EU.

Das Binnenmarktprogramm ist sehr komplex. In den aktuellen Modellsimulationen wird versucht, die Kernbereiche der zu erwartenden theoretischen Integrationseffekte (siehe Kapitel 1) möglichst umfassend zu erfassen. Die ermittelten Effekte sind wie in den vielen Ex-ante-Studien aber nur Anhaltspunkte über die mögliche Größenordnung der Integrationseffekte. Ex-post-Schätzungen werden zusätzlich dadurch erschwert, dass die realisierten Werte viele andere Effekte enthalten (z. B. einander überlagernde Integrations-schritte). In den Modellsimulationen werden konkret folgende Wirkungen der Binnenmarktintegration erfasst:

- *Intensivierung des Wettbewerbs:* Die Verschärfung des Wettbewerbs drückt das Preisniveau, beeinflusst das reale BIP aber kaum, wie detaillierte Studien zu den Wettbewerbseffekten der Binnenmarktteilnahme auf aggregierter Ebene bestätigen. Der Wettbewerbseffekt wird hier durch eine Dummy-Variable berücksichtigt. Die volle Teilnahme Österreichs am EU-Binnenmarkt schlägt sich auch in einer abnehmenden Produktmarktregulierung, gemessen am von der OECD (in Kooperation mit der Europäischen Kommission) erstellten Indikator, genannt "Product Market Regulation Indicator" nieder.
- *Ausweitung der Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten:* Die Steigerung der F&E-Quote erhöht die gesamte Faktorproduktivität und beeinflusst direkt das reale BIP. Auch durch die Möglichkeit, an den Rahmenprogrammen der EU teilzunehmen, stieg die Forschungs- und Entwicklungsquote seit Mitte der 1990er-Jahre deutlich. Sie erreicht 2012 mit 2,8% ihren Höchstwert; die Wirtschaftskrise verlangsamte 2009 die Dynamik. Das Ziel für die F&E-Quote der Lissabon-Strategie liegt für den EU-Durchschnitt bei 3% des BIP. Dieses Ziel ist nun in der Strategie „Europa 2020“ für die einzelnen Mitgliedsländer differenziert, sodass jene Länder, die bereits weit fortgeschritten sind, höher Zielwerte anpeilen müssen: Finnland und Schweden 4%, Österreich 3,76%, Deutschland 3% und die ärmeren neuen Mitgliedsländer unter 3% (z. B. Ungarn 1,8%). Im Modell wird die Steigerung der F&E-Quote nach dem Beitritt über eine Beitritts-Dummy-Variable abgebildet.

Die Dynamik der gesamten Faktorproduktivität (TFP) war in Finnland (+1,4% pro Jahr) und Schweden (+1,5%) nach dem EU-Beitritt 1995 stärker als in Österreich (+0,9%). Das korreliert sehr stark mit der dynamischen Entwicklung der F&E-Ausgaben in beiden skandinavischen Ländern. Österreichs Vorsprung in der TFP-Entwicklung gegenüber dem EU-Durchschnitt

(+0,5%) hat sich aber seit dem EU-Beitritt deutlich vergrößert und liegt auch weit vor jener in Deutschland (+0,4%).

- **Handels- und FDI-Effekte:** Die Teilnahme am EG-Binnenmarkt ermöglicht einen zollfreien Warenaustausch ohne Grenzkontrollen und hatte eine stärkere Teilnahme Österreichs an der Globalisierung bewirkt. Die Export- und Importquoten (Waren und Dienstleistungen) sind von 1994 bis 2008 von 33% (Exporte) bzw. 35 % (Importe) auf 59% bzw. 54% angestiegen, dann rezessionsbedingt 2009 wieder gesunken und betragen 2011 wieder 57% bzw. 54%. Der EU-Beitritt hatte aber in Österreich eher eine Zunahme des Importdruckes als eine Steigerung der Exporte in die EU zur Folge. Nach einer Anpassungsphase verschlechterte sich die Handelsbilanz mit der EU 15 ab 2002. Erst die Ostöffnung, aber vor allem die EU-Erweiterung verbesserte die Nettoexportposition Österreichs deutlich, wodurch sich auch die Leistungsbilanz merklich verbesserte.

Die sektorale Aufgliederung des österreichischen Außenhandels nach Warengruppen insgesamt sowie mit der EU 15 zeigt, dass Österreich von der Einbindung in die gemeinsame Agrarpolitik (GAP) in die EU gewonnen hat, weil sich dadurch für Österreich neue Agrarmärkte in der EU (besonders in Italien und Deutschland) geöffnet haben. Dies drückt sich in einem überdurchschnittlichen Anstieg der Anteile der Exporte in die EU 15 im Bereich "Agrarwaren" aus.

Die einheitliche Rechtslage in der EU begünstigt auch ausländische Direktinvestitionen. Im Gefolge des EU-Beitritts nahmen die Direktinvestitionsimporte wesentlich stärker zu als die FDI-Exporte. Der Standort Österreich wurde durch den EU-Beitritt für ausländische Investoren deutlich attraktiver. Erst Ostöffnung und EU-Erweiterung ermöglichten es der österreichischen Wirtschaft, die Direktinvestitionsexporte stärker zu steigern als die FDI-Importe. In den Modellsimulationen werden die Handels- und FDI-Effekte mit Dummy-Variablen für den EU-Beitritt berücksichtigt.

Durch die Intensivierung des Wettbewerbs, die Ausweitung der Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten sowie die Handels- und FDI-Effekte erhöhte sich das reale BIP pro Jahr zusätzlich um 0,1 Prozentpunkte.

- **Produktivitätsschock:** In allen Ex-ante-Berechnungen der Integrationseffekte des Binnenmarktes spielt die Produktivitätsentwicklung eine große Rolle. Bei Eintritt in den EU-Binnenmarkt kommt es zu einem Produktivitätsschock. Der Cecchini-Bericht (1988) geht in den ursprünglichen Simulationen davon aus, dass die Produktivität durch die Anpassung an den intensiveren Wettbewerb anfangs relativ zur Basislösung sinkt und erst später die dynamischen Integrationseffekte in Form einer Beschleunigung von Produktivitätsentwicklung und Wirtschaftswachstum einsetzen. Dieses Muster wurde auch hier berücksichtigt, ausge-

hend von der Tatsache, dass die gesamte Faktorproduktivität in Österreich seit 1995 um etwa  $\frac{1}{4}$  Prozentpunkt rascher stieg als im EU-Durchschnitt (siehe den zeitlichen Verlauf der BIP-Integrationseffekte in Abbildung 2). Tatsächlich bewirkt der Produktivitätsschock den größten Wachstumsimpuls für das reale BIP, nämlich rund +0,4 Prozentpunkte pro Jahr.

- **Nettozahlerposition:** Hier wurde im Modell die tatsächliche Entwicklung der österreichischen Nettozahlungen an den EU-Haushalt seit 1995 berücksichtigt. Annahmegemäß beeinflussen sie im Modell nicht (direkt) das BIP, sondern nur das Budget. Die Auswirkungen der Regional- und Strukturfördermittel werden per Saldo als positiv bewertet. Sie sind in den vorliegenden Berechnungen implizit in den Produktivitätseffekten enthalten.

Österreich ist das drittreichste Land der EU 27. Im Jahr 2011 lag das BIP pro Kopf zu Kaufkraftstandards mit 32.335 (2012: 33.300) um 29% über der EU 27. Die EU-Mitgliedschaft hat zur Dynamik des BIP pro Kopf nicht unwesentlich beigetragen. Allerdings hat sich das durchschnittliche Wachstum des BIP pro Kopf zu KKS seit 1995 gegenüber der Entwicklung zuvor verlangsamt. Seit 1995 entwickelten sich Finnland (+0,8% pro Jahr) und Schweden (+0,4%), die gleichzeitig mit Österreich 1995 EU-Mitglieder wurden wesentlich dynamischer als Österreich (+0,1%). Zwischen 1980 und 1994 lag Österreich (+0,2%) vor Finnland (-0,4%) und Schweden (-0,5%).

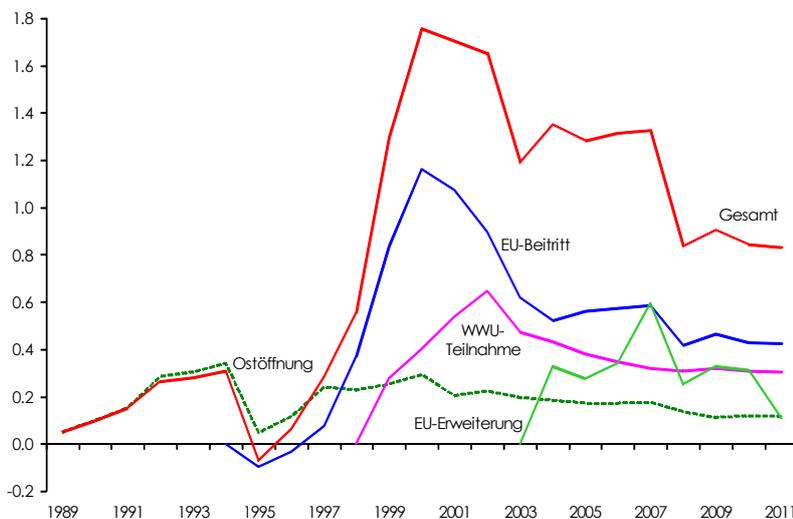
Weil Österreich zu den reichsten Ländern der EU zählt, ist es regelmäßig ein Nettozahler. Am höchsten war der Nettobeitrag an den EU-Haushalt mit 0,44% des BIP 1995 bzw. 0,43% 1997. Seit 2001 liegt er durchschnittlich bei 0,2% des BIP (2011 0,27%). Auch im Rahmen der EU 27 bleibt Österreich Nettozahler im Ausmaß von jährlich rund 0,3% des BIP. Laut Schätzungen des Finanzministeriums verursachte die EU-Erweiterung für Österreich "Kosten" im Ausmaß von 0,1% des BIP. Dies ergibt sich aus der Zunahme der Nettozahlerposition zwischen der Finanzperiode 2007/2013 und jener 1999/2006.

- **Gesamteffekte der Binnenmarktteilnahme:** Österreichs EU-Mitgliedschaft verstärkte das Wachstum des realen BIP insgesamt um rund 0,6 Prozentpunkte (oder 1,6 Mrd. €, Preisbasis 2005) pro Jahr. In den 17 Jahren seit dem EU-Beitritt wurden in Österreich jährlich rund 13.000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen (siehe Tabelle 1 und Abbildung 2).

### 2.3 Sofortige Teilnahme an der WWU 1999 und Einführung des Euro 2002

Mit der Schaffung der WWU 1999 und der Einführung der gemeinsamen Währung 2002 erreichte die EU die vorläufig höchste ökonomische Integrationsstufe. Weitere Integrationsschritte wären eine noch stärkere Harmonisierung bzw. Zentralisierung aller Politikbereiche ("Politische Union") bis hin zur Schaffung der "Vereinigten Staaten von Europa". Dass ein solcher Schritt derzeit utopisch ist, zeigt die ablehnende Haltung der

**Abbildung 2:** Effekte der Teilnahme Österreichs an allen Integrations-schritten seit 1989  
(BIP, real; Veränderung gegen das Vorjahr in % (gleitender 4-Jahresdurchschnitt))



Quelle: Breuss (2012), S. 44.

meisten EU-Länder gegenüber einem "Bundesstaat Europa" und die Ablehnung des Vertrags über eine Verfassung für Europa in Frankreich und den Niederlanden im Jahr 2005, in dem die Bevölkerung Elemente eines europäischen Bundesstaates vermutete. Der Lissabon-Vertrag konnte denn auch erst in Kraft gesetzt werden, nachdem alle Hinweise auf einen möglichen Bundesstaat Europa (bis hin zu den "Symbolen für Europa") eliminiert worden waren. Allerdings weisen die neuen Vorschläge zur Reform der EU und WWU im Barroso-Plan („Blueprint“ der Europäischen Kommission vom November 2012) und im Van Rompuy-Plan vom Dezember 2012 wieder in Richtung einer stärkeren Zentralisierung auf EU-Ebene („Mehr Europa“).

Allerdings haben die Große Rezession 2009 und die folgende Euro-Krise ab 2010 die Konstruktionsfehler der WWU schonungslos offengelegt. Die Krise zwingt nun dazu, die Schwachstellen zu beseitigen und die "Economic Governance" zu verbessern. Alle bisherigen Maßnahmen (Rettungs-/Bail-out-Maßnahmen), Verschärfung/Zentralisierung der nationalen Fiskalpolitiken durch den „Sixpack“ und den Fiskalpakt zeigen schon in Richtung einer „Fiskalunion“. Auch die unkonventionellen Maßnahmen der EZB zur „Rettung des Euro“ (anhaltende Niedrigzinspolitik; „Quantitative easing“-Maßnahmen wie Aufkauf von Staatsanleihen am Sekundärmarkt bis hin zum OMT-Programm zeigen, dass die Geldpolitik – stärker als bis vor der Euro-Krise – mit der Fiskalpolitik zu koordinieren bereit ist.

Mit der Schaffung der WWU wurde nach den eher mikroökonomischen Harmonisierungsschritten (z. B. Gemeinsame Wettbewerbspolitik) die makroökonomische Politik teilweise zentralisiert (die Geldpolitik durch die EZB) bzw. einem Koordinierungszwang unterworfen (Fiskalpolitik durch den Stabilitäts- und Wachstumspakt - SWP). Der Euro-Raum umfasst mit erst 17

von 27 EU-Ländern bisher weniger Mitglieder als der Binnenmarkt der erweiterten EU.

Drei Einflussfaktoren zur Ermittlung der WWU-Effekte wurden im Integrationsmodell berücksichtigt:

- **Fiskalpolitik:** Der Eintritt in die WWU zwang Österreich (wie alle anderen EU-Länder, die an der WWU teilnehmen wollten), die öffentlichen Haushalte entsprechend den Konvergenzkriterien zu sanieren und das Finanzierungsdefizit unter 3% des BIP zu drücken. Wäre das Defizit des österreichischen Staatshaushalts ohne diesen Zwang um 1 Prozentpunkt höher geblieben, so hätte die Sanierung durch die sofortige Teilnahme an der WWU das reale BIP zwar anfangs gedämpft, dann aber einen positiven Einfluss auf die Einkommensentwicklung ausgeübt. Im Durchschnitt der Jahre der WWU-Mitgliedschaft hatte die Budgetsanierung einen BIP-Anstieg um rund 0,1% pro Jahr zur Folge (gegenüber einem Szenario ohne WWU), weil die Budgetsanierung den Crowding-out-Effekt für Privatinvestoren vermindert und positiv zur Kapitalbildung beiträgt. Natürlich sind in diesen Berechnungen noch nicht eventuell in Zukunft auftretende Budgetkosten im Rahmen der Euro-Rettungsmaßnahmen (EFSF/ESM) für Griechenland, Irland, Portugal, Spanien und Zypern enthalten. Sie haben ja erst 2010 begonnen. Die Kapitaleinzahlung in den ESM im Falle Österreichs (2,2 Mrd. EUR) erfolgt schrittweise ab 2013.

- **Wechselkurseffekt:** Vor Eintritt in die WWU wertete Österreich den Schilling gegenüber dem ECU und auch real gegenüber den Handelspartnern stetig kräftig auf; dies schwächte die Wettbewerbsposition. Mit Inkrafttreten der Währungsunion fiel dieser Effekt weg, und Österreich gewann bis 2011 an Wettbewerbsfähigkeit (der real-effektive Wechselkurs sank um rund 6 Indexpunkte). Unter der vorsichtigen Annahme, dass der Abwertungseffekt seit 1999 geringer gewesen wäre, d. h. der real-effektive Wechselkurs Österreichs seit 1999 um 1 Prozentpunkt schwächer gesunken wäre (Österreich aufgewertet hätte), ergibt sich insgesamt kaum ein Einfluss auf das reale BIP (+0,01 Prozentpunkt pro Jahr), allerdings eine Verbesserung der Leistungsbilanz. Der Aufwertungseffekt ist hier aber möglicherweise zu gering angesetzt<sup>4</sup>.
- **Produktivitätseffekt:** Sowohl die Arbeitsproduktivität als auch die gesamte Faktorproduktivität (TFP) stiegen in Österreich seit 1999 kräftiger als im

<sup>4</sup> Die meisten empirischen Studien weisen positive Handelseffekte durch Einführung des Euro aus. Badinger (2012) findet ein Handelsplus von 10% bis 15% für die Eurozone (für Österreich +17%; Deutschland +22%; Griechenland -4%).

Durchschnitt des Euro-Raumes (TFP seit 1995 rund +¼ Prozentpunkt pro Jahr gegenüber dem Durchschnitt der EU 15). Dieser Produktivitätsvorsprung hielt bis zuletzt an und wurde in der Simulation der Effekte des österreichischen EU-Beitritts bereits berücksichtigt. Hier wird zudem der zusätzliche WWU-Effekt berücksichtigt, der sich aus einer Verstärkung der F&E-Ausgaben seit 1999 (Dummy-Variable in der F&E-Gleichung) ergab und im Modell indirekt auch die TFP-Entwicklung beeinflusst. Daraus resultiert ein zusätzlicher Anstieg des realen BIP seit 1999 um rund 0,4 Prozentpunkte pro Jahr. Damit ist der Produktivitätseffekt - wie in den Simulationen der Effekte der EU-Mitgliedschaft - der stärkste Einzelwachstumseffekt der Schaffung der WWU. Er überzeichnet in den Simulationen möglicherweise die tatsächliche Entwicklung etwas.

- **Gesamteffekte:** In den zwölf Jahren seit 1999 verzeichnete Österreich ein Wirtschaftswachstum von 1,8% pro Jahr. Die drei simulierten Effekte der WWU-Teilnahme ergeben einen Wachstumsimpuls von +0,4 Prozentpunkten pro Jahr (siehe Tabelle 1)<sup>5</sup>. Durch die Teilnahme an der WWU und die Euro-Einführung dürften rund 9.000 neue Arbeitsplätze pro Jahr geschaffen worden sein. Diese Simulationen können die komplexen WWU-Effekte allerdings nur näherungsweise wiedergeben. Als dämpfender Effekt wäre zu berücksichtigen, dass aufgrund der zentralen Geldpolitik der EZB der langfristige Realzinssatz in Österreich seit 1999 um fast 0,4 Prozentpunkte höher war als im Durchschnitt des Euro-Raumes, allerdings kaum höher als im Durchschnitt der EU 15 und niedriger als in Deutschland (+0,7 Prozentpunkte gegenüber dem Euro-Raum). Ob ohne WWU-Teilnahme nicht ein ähnliches Muster für Österreich zu verzeichnen gewesen wäre, ist allerdings offen.

#### 2.4 Zusatznutzen durch die fünfte EU-Erweiterung 2004 und 2007

Mit der fünften EU-Erweiterung 2004 um 10 und 2007 um zwei weitere Länder wurden der Binnenmarkt ausgeweitet und die Möglichkeiten zum Freihandel vergrößert. Von dieser Erweiterung profitierte Österreich relativ am meisten unter den Ländern der EU 15. Eigene Ex-ante-Modellberechnungen ermittelten als Folge eine zusätzliche Steigerung des realen BIP um rund 0,2% pro Jahr. Die Integrationseffekte verteilen sich auf die Länder der EU 15 und die neuen EU-Länder ungefähr im Verhältnis 1 : 10, d. h. in den neuen EU-

Ländern wächst die Wirtschaft nach dem EU-Beitritt pro Jahr um rund 1 Prozentpunkt rascher als zuvor, in der EU 15 um rund 0,1 Prozentpunkt.

In der Neuberechnung mit dem Integrationsmodell gehen die Integrationseffekte der EU-Erweiterung 2004 und 2007 nur als zusätzlicher Handels- und FDI-Impuls (Wegfall der Grenzkontrollen, Eintritt in die Zollunion der EU, Anpassung an den *acquis communautaire* und damit Rechtssicherheit für Direktinvestitionen) durch Dummy-Variable in die Gleichungen für die Ex-

**Tabelle 1:** Effekte der Teilnahme Österreichs an allen Integrations-schritten seit 1989

(Einige makroökonomische Kennzahlen)

Simulations-horizont	BIP, real	VPI	Beschäftigte	Arbeitslosen- quote	Lei- stungs- bilanz	Budget- saldo
	in %	in %	in %	in 1.000 Punkten	in %	in % des BIP
<b>Ostöffnung 1989</b>						
1989/2011 kumuliert	4.4	0.3	2.1	74.3	-0.4	-1.6
(pro Jahr)	(0,2)	(0,0)	(0,1)	(3,4)	(-0,2)	(0,7)
<b>EU-Mitgliedschaft 1995</b>						
1995/2011 kumuliert	9.7	-4.6	5.9	199.8	-0.8	-8.2
(pro Jahr)	(0,6)	(-0,3)	(0,4)	(12,6)	(-0,4)	(-4,3)
<b>WWU-Teilnahme 1999</b>						
1999/2011 kumuliert	5.6	-0.1	2.9	101.5	-0.5	-4.8
(pro Jahr)	(0,4)	(-0,1)	(0,2)	(8,7)	(-0,3)	(-3,0)
<b>EU-Erweiterung 2004 und 2007</b>						
2004/2011 kumuliert	2.8	-0.1	1.5	53.1	-0.2	-1.8
(pro Jahr)	(0,4)	(-0,0)	(0,2)	(7,6)	(-0,2)	(-1,2)
<b>Integrationseffekte insgesamt seit 1989 (alle Integrationsschritte)</b>						
1995/2011 kumuliert	21.1	-4.6	11.6	374.9	-1.7	-12.5
(pro Jahr)	(0,9)	(-0,2)	(0,5)	(17,0)	(-0,7)	(-3,0)

Quelle: Breuss (2012), S. 43.

porte und Importe bzw. für die FDI-Exporte ein. Die Effekte einer Ausweitung des Binnenmarktes wurden bereits in den Simulationen für die Ostöffnung berücksichtigt. Sie wirken bis in die jüngste Zeit nach.

Die EU-Erweiterung 2004 löste demnach in Österreich einen jährlichen Zuwachs des realen BIP um 0,4 Prozentpunkte) aus (siehe Tabelle 1). Damit verbunden war die zusätzliche Schaffung von rund 7.600 Arbeitsplätzen pro Jahr. Im Gegensatz zur Einzelsimulation der Effekte der Ostöffnung sind hier die Exporteffekte geringer als die Importeffekte, die FDI-Exporte wurden dagegen stärker ausgeweitet.

Während die Ostöffnung zur Senkung der Lohnquote beitrug, ist in der kurzen Zeit seit der EU-Erweiterung 2004 und 2007 kein Rückgang zu beobachten. Die Einschränkung der Freizügigkeit der Arbeitskräfte durch eine 7-jährige Übergangsregelung (sie endete für die 2004 der EU beigetretenen Länder Osteuropas am 1. Mai 2011) hat Österreich zwar aus politischen Gründen aktiv betrieben (und die meisten anderen Mitgliedsländer, vor allem Deutschland, damit überzeugt), ökonomisch wäre eine volle Freizügigkeit allerdings vorteilhafter gewesen. Das belegen eigene Ex-ante-Studien und auch Berechnungen der Europäi-

<sup>5</sup> Laut anderen Studien (z.B. McKinsey Germany, 2012) hat Österreich vom Euro am meisten profitiert (mit einem jährlichen BIP-Zuwachs von 0,8% (in Deutschland +0,6%). Hauptgrund: stark gestiegene Wettbewerbsfähigkeit.

schen Kommission. Demnach ist Österreich durch die verzögerte Gewährung der Freizügigkeit mittelfristig ein realer BIP-Verlust von 0,35 Prozentpunkten entstanden. Allerdings wäre die Arbeitslosigkeit etwas stärker angestiegen als ohne Ausnahmeregelung.

#### 2.5 Was hat Österreich die schrittweise Integration in Europa insgesamt gebracht?

Österreich ist als kleine offene Volkswirtschaft stärker vom Zugang zu einem größeren Markt ohne Handels- und sonstige Schranken abhängig als große Länder. Die Wirtschaft hat deshalb von der stetigen Ausweitung der Handelsmöglichkeiten nach Osteuropa durch die Ostöffnung und durch die Teilnahme am wachsenden EU-Binnenmarkt erheblich profitiert. Im gesamten Zeitraum seit der Ostöffnung 1989 wuchs das reale BIP in Österreich um 0,5 Prozentpunkte pro Jahr rascher als im Durchschnitt der EU 15. Der Wachstumsvorsprung gegenüber Deutschland beträgt sogar 0,7 Prozentpunkte, gegenüber der Schweiz 0,6 Prozentpunkte. Nur in den USA war ein etwas stärkeres Wachstum zu verzeichnen. Ein ähnlicher Vorsprung („Wachstumsbonus“) ergab sich für die anderen Unterperioden (EU-Mitgliedschaft, WWU-Teilnahme und EU-Erweiterung). Die GFC 2008/09 dämpfte die Dynamik nicht nur in den Ländern der EU 15, sondern insbesondere in den neuen EU-Ländern erheblich.

Durch die zeitliche Parallelität von Ostöffnung, EU-Beitritt, WWU und EU-Erweiterung überlagern einander die Integrationseffekte der einzelnen Integrations-schritte teilweise. Daher kann man die verschiedenen Integrationseffekte nicht einfach addieren. In der vorliegenden Neuberechnung wurden deshalb die Effekte der einzelnen Integrations-schritte mit einem einheitlichen Integrationsmodell separat berechnet und auch eine Gesamtbewertung unter Einbeziehung aller erfassten Integrationsimpulse simuliert. Insgesamt (siehe Tabelle 1) bewirkten die Integrations-schritte in Österreich pro Jahr einen zusätzlichen Anstieg des realen BIP um 0,9 Prozentpunkte (oder 2,4 Mrd. € zu Preisen 2005) und die Schaffung von rund 17.000 Arbeitsplätzen. Die Arbeitslosenquote sank jährlich um 0,7 Prozentpunkte, die Inflationsrate um 0,2 Prozentpunkte. Die Importquote erhöhte sich insgesamt stärker als die Exportquote. Der gesamte Integrationsprozess trug zu einer Verschlechterung der Leistungsbilanz bei, die vor allem auf die EU-Mitgliedschaft und die WWU-Teilnahme zurückgeht. Die Ostöffnung setzte hier positive Impulse. Ostöffnung und EU-Erweiterung vergrößern die Chancen und Möglichkeiten Österreichs, an der Globalisierung (in Osteuropa an der „Mini-Globalisierung“) aktiv teilzunehmen. Der Wohlstand Österreichs (BIP pro Kopf real) wurde seit 1989 um 0,4 Prozentpunkte pro Jahr stärker gesteigert als in der EU 15.

Der Verlauf der simulierten Integrationseffekte der österreichischen Integration in die EU zeigt, dass jeweils zu Beginn des Integrations-schritts (EU-Mitgliedschaft 1995, WWU-Teilnahme 1999; EU-Erweiterung 2004 und 2007) die Wachstumseffekte ansteigen und in der Folge abklingen (siehe Abbildung 2). Lediglich im Falle

der Ostöffnung gibt es einen relativ konstanten Impuls auf das österreichische Wirtschaftswachstum. Insbesondere nach den Krisen (Große Rezession 2009 und Euro-Krise 2010) haben die Wachstumsimpulse der Mitgliedschaft Österreichs in der EU und WWU merklich abgekühlt.

Die in Tabelle 2 ausgewiesenen Effekte (kumuliert und durchschnittlich pro Jahr) verschleiern den wahren Verlauf der berechneten Integrationseffekte etwas, indem sie suggerieren, die dort ausgewiesenen durchschnittlichen Wachstumseffekte würden permanent in dieser Höhe weiterwirken. Tatsächlich führt wirtschaftliche Integration, d. h. der Beitritt eines Landes zu einer Integrationsgemeinschaft (EU) zu anfänglichen Wachstumsimpulsen (vor allem durch einen notwendigen Anpassungs- und Produktivitätsschock), die langsam abklingen. Es gibt also in der Regel eher „abnehmende Grenzerträge der Integration“. Auch nach dem Abklingen der Wachstumseffekte liegt infolge der Teilnahme an allen Stufen der Integration das Einkommensniveau um 21 Prozentpunkte höher. Aber der Wohlstandsgewinn durch die Teilnahme an der Europäischen Integration wird nicht nur durch das Wachstum und Niveau des BIP pro Kopf allein bestimmt, sondern umfasst auch die Zunahme an Produktivität und die Ausweitung der Wahlmöglichkeiten (Freizügigkeit und Schengen ermöglichen eine Erleichterung bei Arbeitskräftewanderung und Reisen; letzteres auch erleichtert durch den Euro) sowie eine Modernisierung (Europäisierung) des politischen Systems. Zudem kommt es durch die volle Teilnahme am EU-Binnenmarkt zu einem permanenten Druck auf die Preise und damit zur Verbesserung der Kaufkraft. Dieser Effekt wird durch die EU-Erweiterungen und damit die Vergrößerung des Binnenmarktes ständig verstärkt. Es gibt keinen dauerhaften Effekt auf die Wachstumsraten durch Integration, wie einige Autoren der Neuen Wachstumstheorie des Außenhandels suggerieren, sondern nur einmalige Impulse für das Wirtschaftswachstum, die das BIP-Niveau erhöhen und dann wieder abklingen.

Nach den Berechnungen in dieser Studie hat Österreich auf allen Stufen der Integration (Ostöffnung, EU-Mitgliedschaft, WWU-Teilnahme und EU-Erweiterung) ökonomisch profitiert. Die aus Modellsimulationen abgeleiteten Integrationseffekte für Österreich durch die Teilnahme an allen EU-Projekten bewegt sich in einer Größenordnung von  $\frac{1}{2}$  bis 1 Prozentpunkt mehr BIP-Wachstum pro Jahr. Die Plausibilität dieser Modellergebnisse wird durch den Vergleich der Wirtschaftsentwicklung Österreichs mit Ländern in der EU und außerhalb unterstrichen. So lag der Wachstumsvorsprung Österreichs vor Deutschland und der Schweiz ebenfalls in der Größenordnung der obigen Integrationseffekte. Dieser „Wachstumsbonus“ ist ohne die Integrationseffekte der Teilnahme Österreichs an allen EU-Projekten schwer bis gar nicht erklärbar.

### 3. Ein kurzer Blick in die Zukunft der Europäischen Integration

Die Euro-Krise hat die EU vor neue Aufgaben gestellt. Die bisherige wirtschaftspolitische Architektur der WWU war in der Krise nicht tragfähig. Um ein Auseinanderbrechen der Eurozone zu vermeiden wurde und wird die „Economic Governance“ (Wirtschaftsregierung) der WWU saniert, um gegen künftige Schocks besser gewappnet zu sein. Zu den Zukunftsaufgaben gehört die stärkere Angleichung der Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedstaaten der Eurozone (überwacht und gesteuert durch das neue Verfahren bei „übermäßigen makroökonomischen Ungleichgewichten“ im Rahmen des „Sixpack“ - im Idealfall die Verwirklichung eines einheitlichen „europäischen Konjunkturzyklus“) und vor allem der langfristige Abbau des (in einigen Peripheriestaaten) untragbar hohen Schuldenstands sowie die Eindämmung der Schuldendynamik durch bereits implementierte Instrumente des „Sixpack“ (Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes – SWP) begleitet Maßnahmen (nationale Schuldenbremse) im Fiskalpakt. Die EU und insbesondere die Eurozone verfügt nun neben den Instrumenten der stärkeren fiskalpolitischen Zentralisierung und Koordination auch über einen permanenten Rettungsschirm (ESM) und steigt schrittweise in eine „Bankenunion“ mit gemeinsamer Aufsicht, Bankenabwicklung und Einlagengarantie auf EU-Ebene ein. Ob sich die EU noch weiter in Richtung einer stärkeren Zentralisierung („Politische Union“ oder „Vereinigte Staaten von Europa“) hin bewegen wird ist noch offen. Einigen Staaten könnte diese Entwicklung zu weit gehen und sie steigen vorzeitig aus (z.B. Großbritannien) oder es kommt zu einer noch größeren Spaltung der EU und der Eurozone als dies schon seit Ausbruch der Euro-Krise geschehen ist.

Alle historischen Studien zum Thema Abbau von Staatsschulden (siehe insbesondere Reinhart/Rogoff) lassen allerdings für die mittlere bis lange Frist in Europa nichts Gutes erwarten. Alle Maßnahmen zum Schuldenabbau (das extreme Negativbeispiel ist das „Experiment“ Griechenland) mit Instrumenten staatlicher Austerität (Ausgabensenkungen und Steuererhöhungen – wie im „Sixpack“ und Fiskalpakt vorgesehen) dämpfen mittel- bis langfristig das Wirtschaftswachstum.

Damit dürfte auch der in der Vergangenheit in Österreich wirkende „Wachstumsbonus“, der hauptsächlich aus dem starken Engagement in den neuen „emerging markets“ in Osteuropa resultierte, langsam schwinden. Es ist – wie schon aktuelle Mittelfristprognosen andeuten – auch in den neuen EU-Mitgliedstaaten im Osten mit einem schwächeren Wachstumspfad zu rechnen, weil auch diese Staaten indirekt von der Euro-Krise und den Negativwirkungen ihrer Bewältigung (Stichwort Schuldenabbau) betroffen sein werden.

Allerdings gibt es in den Problemstaaten der Euro-Peripherie schon ermutigende Anzeichen der Besse-

rung ihrer Lage: ihre Wettbewerbsfähigkeit macht Fortschritte und damit verkleinern sich die Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen. Die Einsicht in die Notwendigkeit der Einbremsung der Dynamik der Staatsschulden wächst. Die unkonventionelle EZB-Intervention trägt Früchte: die Zinsen für Staatsschulden in den Peripheriestaaten sind deutlich gesunken und der Euro erhält gegenüber dem US-Dollar wieder Auftrieb.

### 4. Literaturverzeichnis

- Breuss, F., *Monetäre Außenwirtschaft und Europäische Integration*, Peter Lang: Europäischer Verlag der Wissenschaften, Frankfurt am Main, Berlin, New York, Wien, 2006.
- Breuss, F., „Österreich 15 Jahre EU-Mitglied“, WIFO Monatsberichte, 2010, 83(2), S. 117-136.
- Breuss, F., *EU-Mitgliedschaft Österreichs – Eine Evaluierung in Zeiten der Krise*, WIFO-Studie, Oktober 2012.

#### Autor:

Fritz Breuss  
Jean Monnet Professor an der WU-Wien und WIFO  
Leiter des FIW-Projektes  
Telefon: +43 1 798 26 01 / 220  
Email: [Fritz.Breuss@wifo.ac.at](mailto:Fritz.Breuss@wifo.ac.at)

#### Impressum:

Die Policy Briefs erscheinen in unregelmäßigen Abständen zu aktuellen außenwirtschaftlichen Themen. Herausgeber ist das Kompetenzzentrum „Forschungsschwerpunkt Internationale Wirtschaft“ (FIW). Das FIW wird im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft, Familie und Jugend (BMWFJ) im Rahmen der Internationalisierungsoffensive der Bundesregierung von drei Instituten (WIFO, wiiw, WSR) betrieben. Es bietet den Zugang zu internationalen Außenwirtschafts-Datenbanken, eine Forschungsplattform und Informationen zu außenwirtschaftsrelevanten Themen.

Für die Inhalte der Policy Briefs sind die AutorInnen verantwortlich.

#### Kontakt:

FIW-Projektbüro  
c/o WIFO  
Arsenal, Objekt 20  
1030 Wien  
Telefon: +43 1 728 26 01 - 333 oder 334  
Email: [fiw-pb@fiw.at](mailto:fiw-pb@fiw.at)  
Webseite: <http://www.fiw.at/>